

FreiBrief aus Berlin

März 2018



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach zügigen Verhandlungen von CDU, CSU und SPD liegt ein guter Koalitionsvertrag für unser Land vor. Die Vereinbarungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Förderung von Familien, zur inneren Sicherheit sowie zur Bildung und zur Digitalisierung gehen ganz wesentlich auf unsere Vorstellungen zurück.

Natürlich sind einige Punkte auch so, wie wir sie uns nicht gewünscht haben. Das ist der Preis des Kompromisses. In diesen Fällen müssen wir eben in den kommenden vier Jahren um gute Lösungen mit der SPD ringen und gleichzeitig unsere ureigenen Positionen deutlich machen.

Für die CDU gehen spannende Wochen zu Ende – auf allen Ebenen wurden die jüngsten Ereignisse in Berlin zum Anlass genommen, über die Zukunft der CDU zu debattieren. Diese Diskussion tut unserer Partei gut. Auch am kommenden Freitag wollen wir diesen Dialog fortführen. Herzlich lade ich Sie deshalb zum Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar in die Stadthalle nach Vöhrenbach ein, bei dem wir das Thema Europa in den Mittelpunkt stellen. Beginn ist um 19.00 Uhr.

Herzlichst

Serbiens und Albanien EU-Perspektive mit Botschaftern diskutiert



Im Vorfeld der von der EU-Kommission veröffentlichten Westbalkan-Strategie, besuchten mich der albanische Botschafter, S.E. Artur

Kuko, und der serbische Botschafter, S.E. Dr. Dušan Crnogorčević, in Berlin. Der Bericht empfiehlt die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und adressiert Serbien als zeitlichen Horizont das Jahr 2025 für eine mögliche Vollmitgliedschaft in der EU. Präzisiert wird die am 6. Februar vorgestellte Westbalkan-Strategie Anfang April, wenn die neuen länderspezifischen Fortschrittsberichte veröffentlicht werden, die die Entwicklungen in den Schlüsselbereichen Rechtstaatlichkeit, Justizsystem, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie Stärkung der Freiheitsrechte der Bürger analysieren und nachzeichnen. Botschafter Kuko unterstrich in dem Treffen, dass die Region ein positives Signal brauche, um weitere gute Entwicklungen zu fördern. Dieses könne von den Verhandlungen ausgehen. Gleichzeitig betonte Artur Kuko, dass der Beginn von Verhandlungen nicht deren Ende sei. Ich habe unseren albanischen Partnern Unterstützung zugesagt, aber gleichzeitig betont, dass es ganz klare Beitrittskriterien gibt, die es einzuhalten gelte. Dazu zählt vor allem, dass die guten Reformen, die im vergangenen Jahr auch auf Druck der internationalen Gemeinschaft im Parlament beschlossen worden sind, tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden.

Als zuständiger Länderberichterstatte der Union befasste ich mich intensiv mit den Entwicklungen Serbiens und betonte in dem Austausch, dass es im strategischen Interesse



Deutschlands sei, dass Serbien eng an die EU gebunden werde. Gleichzeitig betonte ich aber auch, dass es keine Konzessionen geben werde. Es liegen klar definierte Kriterien auf dem Tisch, die Belgrad zu erfüllen hat. Sobald dies geschieht, steht einer Aufnahme nichts im Wege. Die Normalisierung im Verhältnis zum Kosovo ist ganz essentiell für den weiteren Weg.

Außerdem darf sich Belgrad im Verhältnis zwischen Russland und EU nicht winden. Teil der EU zu sein, bedeute auch, für die Ziele und Werte der EU einzutreten. Das bedeute auch, dass Sanktionen mitgetragen werden müssen.

Faire Lastenverteilung in Europa



Uns allen ist bewusst, dass sich die EU nach dem Brexit und damit dem Ausscheiden des mit Abstand zweitgrößten Nettozahlers nach Deutschland finanziell neu aufstellen muss. Dazu gehört es, genau zu schauen, wie die künftig verfügbaren Mittel prioritär einzusetzen sind. Dabei gilt für mich, dass es Lösungen geben muss, die von allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen getragen werden. Was nicht geht: Eine Reihe von Mitgliedsstaaten hat heute schon angekündigt, keinen einzigen zusätzlichen Euro für den EU-Haushalt beisteuern zu wollen. Diesen Ländern – von denen einige jedes Jahr in Milliardenhöhe netto profitieren – schlagen zugleich vor, dass Deutschland und Frankreich die Mehrkosten übernehmen sollen. Diesen Stimmen kann ich nur entgegensetzen, dass Deutschland nicht die Melk-Kuh der EU ist. Wir werden auch keinen Euro mehr aufwenden, solange nicht ernsthaft auch über Einsparpotenziale gesprochen wird. Insofern läuft auch der neueste Vorschlag des Kommissionspräsidenten, die Mittel aus den Strukturfonds der EU künftig nur noch in ärmere Länder zu geben, in die völlig falsche Richtung. Europa ist schließlich ein Rechtsraum. Wenn es also Vorgaben an die Vergabe von diesen Fördermitteln gibt, haben die Mittel unabhängig von der Lage in einem bestimmten Mitgliedsstaat zu fließen, sofern diese Vorgaben erfüllt sind. Hier kann und muss es eine Gleichbehandlung von Gleichem geben. Alles andere wäre mit meinem Rechtsverständnis unvereinbar. Worüber man aber sehr wohl sprechen müsse, sei die Frage, ob es bei jeder Ausgabe auch tatsächlich einen europäischen Mehrwert gebe.

Zu politischen Gesprächen in Tirana



Kurz nach Vorstellung der Westbalkanstrategie des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker reiste ich als Westbalkan-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Tirana, in die Hauptstadt Albanien. Für Albanien ist damit zu rechnen, dass der für April vorgesehene Länder-Report, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für Sommer empfehlen wird. Allerdings entscheidet nicht die EU-Kommission über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, sondern der Rat. In Deutschland bedarf es hierzu die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Zunächst traf ich mich mit der deutschen Botschafterin in Albanien, Susanne Schütz, US-Botschafter Donald Lu, EU-Botschafterin Romana Vlahutin und Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung, um sich von externer Seite ein möglichst unabhängiges Bild von der gegenwärtigen Lage vor Ort zu machen. Im Anschluss daran folgten Gespräche mit Außenminister Ditmir Bushati, Innenminister Fatmir Xhafaj, sowie Justizministerin Etila Gjonaj. Bei diesen Treffen ging es vor allem um Sachstände zu den sogenannten fünf Schlüsselprioritäten, die das kleine Adria-Land für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllen muss. Diese zielen auf eine deutlich stärkere Bekämpfung des Drogenbaus und der organisierten Kriminalität sowie auf die Stärkung rechtstaatlicher Prozesse und die weitere Professionalisierung der Verwaltung. Ganz zentral ist der sog. Vetting-Prozess, der nach offiziellen Angaben kürzlich in der Praxis begonnen wurde. Dabei werden alle 180 Staatsanwälte und die knapp 800 Richter des Landes auf Korruption, die Verstrickung mit den Verbrechersyndikaten des Landes sowie auf eine mögliche negative Vergangenheit in der sozialistischen Diktatur überprüft. Wer gegen eine dieser Kriterien verstößt, wird künftig in Albanien nicht mehr in diesen beiden Ämtern arbeiten dürfen. Nach Abschluss des Vetting-Prozesses soll die Justiz unabhängiger und weniger korruptionsanfällig arbeiten und sich dadurch europäischen Standards annähern.

Für mich ist ganz klar, dass auch für Albanien über kurz oder lang der Weg in Richtung EU führt. Schließlich ist die gesamte Region von EU-Mitgliedsstaaten eingefasst, so dass aus europäischer Sicht ein strategisches Interesse zum Schließen der Lücke besteht. Aber es gilt natürlich auch, dass die Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Auf dem Papier haben Länder wie Albanien oder Mazedonien Verfassungen, die eine sofortige Mitgliedschaft in der EU erlauben würden. Leider hapert es oft mit der Implementierung. Schließlich nutzen die politisch Verantwortlichen die Möglichkeiten in Regierungsverantwortung viel zu oft zum persönlichen Vorteil aus, so dass die Menschen- und Freiheitsrechte der Bürger oder auch die Rechtsstaatlichkeit in der Realität deutlich unter den uns bekannten Standards liegen.

Außenpolitisches Weltgeschehen in München



Auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz trafen sich die wichtigsten außenpolitischen Köpfe der Zeit, um über die gegenwärtigen Herausforderungen in der Außenpolitik sowie mögliche Lösungsstrategien für die Krisen und Kriege der Zeit zu debattieren. Neben Vorträgen von aktuellen Staatsoberhäuptern, die wie etwa Wladimir Putin 2007 oder Joachim Gauck 2014 die politische Linie der Zukunft skizzieren und damit das Weltgeschehen absehbar prägen werden, bot sich auf sogenannten Side-Events in vielfacher Weise die Gelegenheit, Fachthemen und aktuellste Entwicklungen zu erörtern, sowie in vertraulichen bilateralen Gesprächen auch über die üblichen diplomatischen Kanäle Fortschritte bei Friedensverhandlungen zu erreichen. Für mich war es die erste

Teilnahme an der Sicherheitskonferenz. Es war einmalig, wie viele wichtige Akteure man hier auf engstem Raum treffen und obendrein unkompliziert ansprechen konnte. Das macht die Konferenz für mich so wertvoll. Vor Ort suchte ich das Gespräch zur Weiterentwicklung der NATO, zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu den Entwicklungen im westlichen Balkan sowie zu Krisenpräventionsmöglichkeiten - alles Themen für die ich mich bei meiner Arbeit im Deutschen Bundestag für die CDU/CSU-Fraktion engagiere.

Kampf gegen Terror – eine Präventionsarbeit



Unter meiner Schirmherrschaft und auf Initiative von MISEREOR und des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) diskutierte ich mit einigen Bundestagsabgeordneten, Vertretern beider Organisationen und Gästen aus dem Irak und den Philippinen, deren Länder als Fallbeispiele betrachtet wurden, die Möglichkeiten, um wirksam gegen Radikalisierung junger Menschen und die daraus resultierenden Terrorgefahren erfolgreich vorzugehen. Wir leben in einer Welt, die instabiler und unsicherer ist als noch wenige Jahre zuvor. Aus meiner Sicht kann eine Gewaltprävention und Eindämmung nur mit dem breiten Instrumentenkasten der Außenpolitik - also auch mit militärischen und polizeilichen Mitteln - im engen Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft erreicht werden. Ich bin überzeugt, dass es ganz zentral auf zivile Perspektiven ankommt, um den Terror erfolgreich einzudämmen. Deshalb setzen sich der Bundestag und insbesondere der Unterausschuss zivile Krisenprävention intensiv mit notwendigen Strategien, Ansätzen und Verbesserungen in diesem Bereich auseinander. Im Folgenden

haben die Erfahrungen der Gäste gezeigt, dass die wesentlichen Gründe für die Radikalisierung der Jugend vor allem in der Diskriminierung von Minderheiten, fehlender Orientierung und fehlender gesellschaftlicher Zugehörigkeit sowie fehlenden Lebensperspektiven liegen. Gleichzeitig wurden der Einfluss von Religion auf die Entstehung von Terror und mögliche De-Radikalisierungsstrategien, genau wie die Möglichkeiten, von außen mit Bildungs- und Demokratieförderung und der Vermittlung von grundlegenden Menschenrechtsstandards und gute Regierungsführung positiv auf das gesellschaftliche Klima einzuwirken, erörtert.

Besuch in der Glasfasermanufaktur in Blumberg



Ein weiteres Mal habe ich die Firma METZ Connect in Blumberg besucht. Im Mittelpunkt stand vor allem ein wirtschaftspolitisches Gespräch mit dem Firmengründer Albert Metz und seinen Söhnen, Jochen und Christian Metz, die gemeinsam das Unternehmen führen. In diesem Zusammenhang ging es ausführlich um die Auswirkungen der Festlegungen des Koalitionsvertrags zwischen Union und SPD auf die mittelständischen Wirtschaftsunternehmen. Das 1976 von Albert Metz gegründete Unternehmen ist extrem innovationsgetrieben und hat im Bereich der Verbindungen und Verkabelungen immer wieder neue Marktsegmente erschlossen. Gerade im Bereich der Datenübertragung ist das Unternehmen stark aufgestellt und bietet angesichts der Tatsache, dass der Bedarf an hohen Übertragungsraten sich derzeit in weniger als zwei Jahren verdoppelt, Lösungen an. Daher haben wir uns auch in der erst im letzten Jahr im Beisein von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-

Kraut eröffneten Glasfasermanufaktur getroffen. Im Rahmen eines Betriebsrundgangs konnte ich mir selbst ein Bild davon machen, wie durch Innovation, ein enormes Know-how und erstaunlich viel Handarbeit ein einzigartiges Produkt entsteht, das durch seine Qualität überzeugt und jedem Wettbewerb standhält. METZ Connect ist ein gutes Beispiel, wieviel Innovation und Weltklasse im ländlichen Raum steckt.

Agrartag von BLHV und Maschinenring

Zum achten Mal haben die BLHV-Kreisverbände Villingen und Donaueschingen ihren großen Agrartag ausgerichtet. Neben Fachvorträgen und einer umfangreichen Ausstellung haben sich die Verbände insbesondere im Rahmen einer Rede der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch auch politisch positioniert. In einem Grußwort habe ich deutlich gemacht, dass die Landwirtschaft nicht nur ein ganz erheblicher Wirtschaftsfaktor ist, der vor allem gute und gesunde Lebensmittel produziert, sondern auch das Rückgrat des Ländlichen Raums insgesamt darstellt. Daher habe ich auch zugesichert, dass wir die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik in gleichem finanziellen Aufwand weiterführen wollen. Auch wird es meiner Meinung nach weiterhin im Rahmen der zwei Säulen Direktzahlungen an die Betriebe bedürfen. Allerdings ist es auch die Aufgabe der Politik, für weniger Bürokratie und mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Aktuell bekommen nach einer Studie des ZEW die kleinsten 80% der Betriebe nur 25% der Mittel. Das kann nicht im Sinne unserer bäuerlichen Landwirtschaft sein. Weitere Themen waren die Reduktion des Flächenverbrauchs und eine ausgewogene Politik, in der Landwirtschaftsinteressen gleichgewichtig und fair gegen Umwelt- und Naturschutz abgewogen werden.

Landesinnenminister Thomas Strobl besucht Polizei-Hochschule

Dieser Tage besuchte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl die Polizeihochschule Villingen-Schwenningen, um sich über den Stand der Ausbau- und Entwicklungsmaßnahmen zu informieren. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Minister die Hochschule erneut als ein „Juwel, das in Sicherheitskreisen deutschlandweit über einen ausgezeichneten Ruf verfügt“. Mein Abgeordnetenkollege Karl Rombach und ich nutzten die Gelegenheit, Minister Strobl für seine Unterstützung bei der Stärkung

des Hochschulstandortes Villingen-Schwenningen zu danken. Nachdem Innenminister Strobl und die Landesregierung die Voraussetzungen für die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-württembergischen Polizei geschaffen haben, müssten nunmehr auch die Ausbildungskapazitäten angepasst werden.



Dabei „ist und bleibt Villingen-Schwenningen der einzige Hochschulstandort der Polizei Baden-Württemberg“, so Strobl. Da die Studentenzahlen sich von ehemals 850 auf schließlich 1725 fast verdoppeln werden, müsse das Land ganz erheblich in Ausbildungs- und Wohnkapazitäten investieren. Karl Rombach und ich lobten, dass dabei auch in Kooperation mit der Stadt Villingen-Schwenningen und dem Landkreis eine für die Polizei und die Region hervorragende Lösung gelungen ist. Zwischenzeitlich würden die Planungsarbeiten mit großer Intensität vorangetrieben. Wir warben gegenüber dem Minister auch für einen Ausbau der auf dem Campus befindlichen Kindertagesstätte. Einerseits ist die Nachfrage sehr groß und andererseits ist dies auch notwendige Voraussetzung für die Attraktivität des Polizeidienstes und die Nachwuchsgewinnung in Zeiten von Vollbeschäftigung. Gemeinsam mit dem für die Baumaßnahme federführenden Finanzministerium wird man auch hier eine gute Lösung für den Standort Villingen-Schwenningen erreichen.

Mittelständische Handwerksbetriebe im Fokus

Im Rahmen einer Vorstandssitzung der CDU Schwarzwald-Baar informierte ich mich über die Herausforderungen und Probleme der mittelständischen Handwerksbetriebe der Region. Im Mittelpunkt stand dabei eine Besichtigung der Firma Ciampa GmbH in Unterkirnach. Die Geschäftsführerin des Fliesengeschäfts und Bäder- und Küchenausstatters, Susanne Ciampa, legte gegenüber dem CDU-Kreisvorstand die Schwierigkeiten für Handwerksbetriebe da. Viele Betriebe seien mit einer Auftragslage von 125 % mehr

als ausgelastet. Die Wartezeit für Konsumenten habe sich im letzten Jahrzehnt rasant erhöht. Gleichzeitig verdeutlichte sie die großen Probleme bei der Fachkräftegewinnung. Die zeige sich unter anderen an der Ausbildung der Fliesenleger. Von ehemals 10.000 Auszubildenden ist die Zahl auf aktuell 2.200 gesunken. Hier bedarf es aus Sicht Ciampas eines politischen Programms für das Handwerk, das auch die Ausbildung wieder attraktiver für junge Menschen mache. Deshalb werde ich mich auch weiterhin im Bundestag für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe einsetzen. Ein mittelständischer Handwerksbetrieb ist als Ausbilder, Arbeitgeber und Steuerzahler das Rückgrat unserer Gesellschaft!



Jahreshauptversammlung des Blasmusikverbandes Schwarzwald-Baar

Mit seinen über 5.500 Mitgliedern in 68 Musikvereinen ist der Blasmusikverband Schwarzwald-Baar ein wesentliches Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens in der Region. Dies gilt ganz besonders für den ländlichen Raum. Der Verband schult, bietet umfassende Unterstützung für die Musikvereine an und vertritt diese gegenüber Politik und Gesellschaft. Die verschiedenen Verbandsblasmusikgruppen setzen künstlerische Akzente. Gerade auch wegen seiner exzellenten Arbeit in den vergangenen Jahren wurde Präsident Heinrich Glunz einstimmig wiedergewählt. In meinem Grußwort habe ich dem Präsidium und den anwesenden Delegierten für ihre herausragende Arbeit gedankt. Wichtig ist aber, dass man das Ehrenamt nicht nur in Sonntagsreden lobt, sondern auch in der praktischen Arbeit unterstützt. Deshalb ist es richtig, die Ehrenamtsstiftung auf Bundesebene in Angriff zu

nehmen und das Gemeinnützigkeitsrecht zu überarbeiten. Auch müssen wir überlegen, wie wir etwa im steuerlichen Bereich ehrenamtliches Engagement besser anerkennen können.

Herzliche Einladung zum Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar

Nächste Bürgersprechstunde und Facebook Live am 6. März 2018

Meine nächste Bürgersprechstunde findet kommenden Dienstag in meinem Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen statt. Zur Vermeidung unnötiger Wartezeiten bitte ich um telefonische Anmeldung.

Im Anschluss führe ich um 17.30 Uhr eine Bürgersprechstunde bei Facebook durch.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei